

DIE AUSWEISUNG DER SUDETENDEUTSCHEN VOR VIERZIG JAHREN ALS TSCHECHISCHES PROBLEM

Von Ernst Nittner

I.

Durch vier Entscheidungen bzw. Erklärungen wurden in einer ersten Phase des Kriegsendes und den unmittelbar nachfolgenden Monaten Weichen gestellt für die tschechische Beurteilung der Ausweisung:

1. Im *Kaschauer Statut* vom 5. April 1945, dem Regierungsprogramm der „Tschechoslowakischen Regierung der Nationalen Front“, wurden die „tschechoslowakischen Deutschen“ beschuldigt, sich „direkt zu einem Ausrottungsfeldzug gegen das tschechische und slowakische Volk“ hergegeben zu haben. Daher sei die „wiederhergestellte Tschechoslowakei zu einem tiefgreifenden und dauerhaften Eingriff“ gezwungen¹.

Damit war die inzwischen diplomatisch, politisch und organisatorisch vorbereitete Vertreibung und Ausweisung aller Sudetendeutschen (laut Volkszählung von 1930 einschließlich der Karpatendeutschen 3,4 Millionen) in die Wege geleitet.

Nach einer „spontanen“ Phase mit Gewalttaten und Ausschreitungen von Mai bis Juli — es ist üblich, von der Phase der „wilden Vertreibungen“ zu sprechen — brachte die Potsdamer Konferenz eine gewisse Legalisierung des „Transfers“ durch die Großen Drei im Artikel XIII des Potsdamer Protokolls und leitete — mit einiger Verspätung — für einen Teil der Sudetendeutschen die organisierte Ausweisung in Sammeltransporten ein, die ab Januar 1946 rollten.

2. Der *Aufruf der KPČ* vom 13. Mai 1945 an das tschechische Volk lieferte während der revolutionären Phase eine nationale Rechtfertigung und ideologische Begründung in historischer Dimension, wenn zwischen der Vertreibung der Deutschen und der Niederlage der böhmischen Stände gegen den Habsburger Ferdinand auf dem Weißen Berg (1620) ein Bezug hergestellt wurde: „Bereitet die endgültige Wiedergutmachung der Folgen des Weißen Berges, d. h. die Rückgabe des tschechischen Bodens an das tschechische Volk vor! Der fremde deutsche Adel, die Nachkommenschaft der Räuber aus der Zeit nach der Katastrophe am Weißen Berg, werden diesmal vollständig und endgültig ausgerottet werden“²!

¹ Das Kaschauer Regierungsprogramm ist in tschech. Sprache vollständig abgedruckt u. a. in: *Dokumenty moderní doby*. Hrsg. v. Státním ústředním archivem. Prag 1978, 474—494; deutsch in Auszügen bei: Nittner, Ernst: *Dokumente zur sudetendeutschen Frage 1916—67*. München 1967, n. 199. — Habel, Fritz-Peter: *Dokumente zur Sudetenfrage*. München 1984, 280.

² KSC o úloze odborů při výstavbě socialismu. Sborník usnesení a dokumentů [Die

3. Nach der Schaffung vollendeter Tatsachen durch die „spontanen“ Aktionen in der „revolutionären“ Phase und nach entsprechenden Gesetzen über Konfiskation, Straflager, Zwangsarbeit, Auflösung der deutschen Hochschulen usw. durch „Dekrete des Präsidenten der Republik“ bildete das *Gesetz Nr. 115* der Vorläufigen Nationalversammlung der Tschechoslowakischen Republik vom 8. Mai 1946 eine Art Abschluß³.

Dieses Gesetz „Über die Rechtmäßigkeit von Handlungen, die mit dem Kampf um die Wiedergewinnung der Freiheit der Tschechen und Slowaken zusammenhängen“, besagt im § 1: „Eine Handlung, die in der Zeit vom 30. September 1938 bis zum 28. Oktober 1945 vorgenommen wurde und deren Zweck es war, einen Beitrag zum Kampf um die Wiedergewinnung der Freiheit der Tschechen und der Slowaken zu leisten, oder die eine gerechte Vergeltung für Taten der Okkupanten oder ihrer Helfershelfer zum Ziele hatte, ist auch dann nicht widerrechtlich, wenn sie sonst nach den geltenden Vorschriften strafbar gewesen wäre.“

4. Einen gewichtigen außenpolitischen Bezug schließlich hatte die „*Prager Erklärung*“ zwischen der Tschechoslowakischen Volksrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik vom 23. Juni 1950⁴, die im Zusammenhang mit organisatorischen Aktivitäten und Deklarationen auf sudetendeutscher Seite in der Bundesrepublik Deutschland zu sehen ist: Eichstätter Adventsdeklaration vom November 1949, Gründung der Sudetendeutschen Landsmannschaft auf Bundesebene und Detmolder Erklärung vom Januar 1950.

In der Prager Erklärung vom 23. Juni 1950 stellten ČSR und DDR Übereinstimmung auf dem gemeinsamen Weg zum Sozialismus und im Bekenntnis zur antifaschistisch-demokratischen Ordnung fest. Sie bestätigten, daß die beiden Staaten gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche geltend machten; und die beiden Regierungen „betonen ausdrücklich, daß die durchgeführte Umsiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei unabänderlich, gerecht und endgültig gelöst ist“. Schließlich unterstrich Ost-Berlin seine Politik, „die den Umsiedlern volle Möglichkeit und Unterstützung geboten hat, sich in den Aufbau einzuschalten und in der DDR eine neue Heimat zu finden“.

II.

Durch diese Fakten — denen noch einige hinzugefügt werden könnten — waren Politik, Bildungswesen und öffentliche Meinung hinsichtlich der Beurteilung der Ausweisung der Deutschen weitgehend festgelegt — zumindest für einige Zeit.

Auch ein Großteil der ersten Emigration — meist Angehörige des Exils während des Zweiten Weltkrieges, Mitarbeiter oder Gesinnungsfreunde von Eduard Beneš

KPTsch über die Aufgabe der Gewerkschaften beim Aufbau des Sozialismus; Sammelband von Beschlüssen und Dokumenten]. Prag 1962, 7; deutsch bei Nittner: Dokumente, n. 201 (erstmalig veröffentlicht im Rudé Právo v. 13. 5. 1945).

³ Zitiert nach: Dokumente der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa. Bd. 4/1: Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Hrsg. v. Bundesministerium f. Vertriebene, Flüchtlinge u. Kriegsgeschädigte. Bearb. v. Theod. Schieder. Bonn 1957, Anl. 19, S. 291. Neuerdings auch München 1984 (dtv-reprint 3273).

⁴ Nittner: Dokumente, n. 228.

und dann nach dem Gottwald-Putsch 1948 wieder im Exil⁵ — glaubte in der Ausweisung der Deutschen eine gerechte und endgültige Lösung sehen zu können, eine Lösung übrigens, die den Sudetendeutschen schließlich sogar — im Gegensatz zum Schicksal der Tschechen — in Westdeutschland die Integration in eine freiheitliche Ordnung und die Partizipation an Wirtschaftswunder und Wohlstand ermöglichte.

Nur sporadisch und allmählich und nicht in der offiziellen Regierungsdoktrin tauchte die Einsicht auf, daß es ein Irrtum war, das deutsche Problem, „unser deutsches Problem“, ein für allemal als gelöst zu betrachten. Denn — wie es von tschechischer Seite formuliert wurde —, „anstelle der deutschen Minderheit tauchte deren Macbeth-Geist auf, der jede tschechische Regierung in Schrecken versetzen wird...“⁶.

Aber auch in der 1948 zur Volksrepublik gewordenen Tschechoslowakei konnte eine vor allem national begründete Ausweisung der Deutschen nicht aufrechterhalten werden.

Nun wurde — naturgemäß nicht ganz schlüssig — der *Klassencharakter* der nationalen Probleme und des „odsun“ (= Abschub), wie der offizielle Terminus in ungenauer Übernahme des englischen „transfer“ lautete, in der Argumentation stärker herausgestellt: Da die Sudetendeutschen objektiv eine reaktionäre Rolle spielten und zu Gegnern der fortschrittlichen Bewegungen im tschechischen Volk geworden waren und weil auch eine erfolgreiche Umerziehung nicht zu erwarten war, stellten die nazistisch-bourgeois Deutschen ein gefährliches konterrevolutionäres Potential dar. Sie hätten sich mit den Resten der tschechischen bourgeois Reaktion verbündet und den sozialistischen Aufbau behindert. Daher war ihre Entfernung *aus Klassengründen* eine Notwendigkeit⁷.

Da sich aber der marxistisch-leninistische Sozialismus immer wieder mit deutlicher Akzentsetzung eindeutig als Humanismus versteht, ja sogar als „höhere Form des Humanismus“, der in der Würde des Menschen als Individuum zu schützen und gegen jede — auch nationale — Ungleichheit und Benachteiligung seine freie allseitige Entwicklung zu ermöglichen, waren weder ein fundamentaler deutsch-tschechischer nationaler Antagonismus noch eine undifferenzierte Klassendoktrin, die zu Kollektivschuld und unterschiedsloser Ausweisung führte, eine insgesamt ausreichende oder befriedigende Begründung für den „odsun“.

In dem Dilemma zwischen nationalstaatlicher Ideologie bürgerlicher Provenienz und sozialistischem Humanismus wurde — um vielen Schwierigkeiten aus dem Weg zu gehen — das *Verschweigen der Vertreibung* in ihrem ganzen Umfang und die

⁵ Als Beispiel: S t r a n s k ý, Jaroslav: Odsun Němců z ČSR z hlediska národního a mezinárodního [Der Abschub der Deutschen aus der Tschechoslowakei vom nationalen und internationalen Gesichtspunkt]. London 1955 (Benesch-Institut, Veröffentl. 10). — L u ŝ a, Radomir: The Transfer of the Sudeten German. A study of Czech-German Relations 1933—1962. New York 1964.

⁶ P a l e č e k, Antonín in: Hlasatel. America's Leading Czechoslovak Weekly v. 10. 10. 1980.

⁷ Z. B. in dem zweibändigen Werk: Formování světové socialistické soustavy v letech 1944—1949 [Die Entstehung des sozialistischen Weltsystems in den Jahren 1944—49]. Hrsg. v. einem Autorenkollektiv der ČSAV. Prag 1975, bes. Bd. 1, Abschn. III/1.

Verdrängung des deutschen Elementes aus Geschichte und Gegenwart des Landes als gangbarer Ausweg und als kleineres Übel empfunden. Er wurde und wird vielfach in Schulbüchern, Nachschlagewerken, Reiseführern u. ä. besprochen.

Ein deutliches Beispiel hierfür war vor zehn Jahren der Sammel- und Gedenkband zum 30. Jahrestag des Kriegsendes von 1945, „Der Weg des Sieges“, der gleichzeitig in allen Ostblockstaaten erschien.

Sein tschechischer Beitrag verschweigt das deutsch-tschechische Nebeneinander im böhmisch-mährischen Raum und die Ausweisung völlig, obwohl er 30 Druckseiten umfaßt und die Entwicklung seit der Gründung der Tschechoslowakei 1918 nachzeichnet⁸.

III.

Für fast 25 Jahre kann von einer umfassenderen, offen kritischen tschechischen Diskussion über die Vertreibung keine Rede sein. Erst im Rahmen der aktuellen Gespräche seit den 70er Jahren wurden im nachhinein einige angebliche Äußerungen bekannt, die schon zur Zeit des schlimmen Geschehens gegen die Ausweisung gerichtet gewesen sein sollen.

Die z. T. öffentlichen Äußerungen vor Sudetendeutschen seit Beginn der 50er Jahre sind Belege für die Überzeugung einzelner, die 1945 nicht in die Heimat zurückkehrten und meist ohne Rückhalt und ohne breite Basis weiterhin im Exil lebten.

Ein Beispiel war die Europa-Kundgebung am 29. Juli 1951 in Königstein/T., bei der der Slowake *Matuš Černak* und der Tscheche *Lev Prchala* sprachen⁹. Černak, der Führer eines Slowakischen Nationalrates, war 1939—1944 slowakischer Gesandter der Tiso-Slowakei in Berlin gewesen. 1955 wurde er mittels eines Bombenpakets ermordet. Für ihn waren — wie er in Königstein vor Sudetendeutschen betonte — Massenmord und Vertreibung eine Folge der Absage an Grundgebote des Christentums. Er forderte eine geistige und religiöse Erneuerung der Völker hinter dem Eisernen Vorhang.

Und General Prchala, der sich 1938 für militärischen Widerstand seines tschechischen Volkes gegen Hitler eingesetzt hatte und im Polenfeldzug Kommandeur der tschechischen Einheit war, die auf polnischer Seite kämpfte, wandte sich im Londoner Exil gegen die prosovjetsche Politik Eduard Benešs. Er kehrte daher nicht in die wiederhergestellte Tschechoslowakei zurück und wurde Vorsitzender jenes tschechischen Nationalausschusses, mit dem die Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen (der spätere Sudetendeutsche Rat) im August 1950 das *Wiesbadener Abkommen* schloß, das u. a. für Selbstbestimmung und Rückkehr der vertriebenen Sudetendeutschen eintrat.

In diesem Sinn äußerte sich General Prchala an jenem 29. Juli 1951 auch vor einer großen Öffentlichkeit in Königstein:

⁸ L h o t a, Václav: Das Bündnis mit der UdSSR und die Klasseninteressen der Völker der ČSSR. In: Weg des Sieges. Sofia-Budapest-Warschau-Prag-Moskau-Dresden 1975, 65—92.

⁹ In: Wegbereiter einer neuen Ordnung. 5. Jahrestagung der Ackermann-Gemeinde in Königstein 25.—29. Juli 1951. München 1951, 72 ff.

„... Wir kämpften und kämpfen gegen das Unrecht, gegen die Willkür, Unfreiheit und Unmenschlichkeit der Nazisten, eines Herrn Benesch und seiner Trabanten, eines Stalin und Gottwald. Unseren Kampf führen wir im Geiste tausendjähriger christlicher Tradition und Verpflichtung nicht nur unseres Volkes, sondern des gesamten Abendlandes. Wir wissen in diesem Kampfe auch das tschechische Volk in seiner überwiegenden Mehrheit an unserer Seite.

Im Gegensatz zu euch, liebe Freunde, die ihr aus eurer Heimat vertrieben seid, lebt zwar das tschechische Volk auf heimatlicher Erde, jedoch als Sklave und Gefangener ...

Wir alle wissen, daß Europa nicht gesund werden kann, wenn wir einander weiterhin belügen, betrügen, berauben und vergewaltigen wollten. Deportierung, Austreibungen von vielen Millionen Menschen, Gebietsraub oder Gebietsverschenkungen können nicht zu einer Stabilisierung der europäischen Verhältnisse führen ...

Jedem das Recht auf seine Heimat anzuerkennen, ist eine der ersten Vorbedingungen eines solchen Denkens und Handelns ...

Wo Moral und wo Recht herrscht, dort wird auch Frieden sein ...“

IV.

Der offiziell verfolgte schwierige Kurs des Verschweigens und Herunterspielens der Realität einer starken sudetendeutschen Volksgruppe und des ihr zugefügten Unrechts der Ausweisung in Verbindung mit Argumenten aus der Ideologie des Klassenkampfes — eine Taktik, die sich leicht mit der Revanchismus-Agitation verbinden läßt — wurde im *Prager Frühling* unterbrochen.

Diese von der Fundamentalkritik an der „Deformierung des Sozialismus durch den dogmatischen Stalinismus“ geprägte breite Bewegung, die zu Grundfragen von *Humanität und Menschenrechten* vorstieß — sie entwickelte das Leitbild vom „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ —, bezog auch die Ausweisung der Sudetendeutschen in ihre Überlegungen über die jüngste tschechische Vergangenheit ein.

In weiten Kreisen — auch des deutsch-sprechenden Auslandes — wurde ein „*Trialog*“, ein Dreiergespräch „Über das Jahr 1945“ vom Januar 1968 bekannt, an dem der Historiker Milan Hübl, der Schriftsteller Jan Procházka und der Journalist Vladimír Blažek teilnahmen. In der Mai-Folge 1968 der Zeitschrift „*Host do domu*“ wurde das Gespräch in seinen wesentlichen Teilen veröffentlicht¹⁰.

Ein Abschnitt des „*Trialogs*“ befaßte sich mit den Sudetendeutschen und ihrem „Abschub“. Dabei wurden öffentlich Gedanken von prinzipieller Bedeutung geäußert, die von jetzt an die Diskussion in weiten Teilen beherrschten.

In einem Teil des Gesprächs ging es um ein differenzierteres Bild von „den Deutschen“. Aus persönlichem Erleben erzählte ein Gesprächsteilnehmer von Deutschen, die von „brauchbaren und umgänglichen Mitbürgern“ nach „Mün-

¹⁰ *Host do domu* [Gast ins Haus] Nr. 5/1968, 22—29. Verbreitet in etlichen z. T. Samizdat-Veröffentlichungen, deutsch: Wissenschaftlicher Dienst für Ostmitteleuropa 18/7 (1968) 378—390.

chen“ zu arroganten Amtswaltern und gegenüber den Tschechen zu abweisenden, auf Distanz gehenden Mitläufern des Hitler-Staates wurden. Ihnen stand jedoch der größere Teil jener Deutschen gegenüber, die dem Krieg gleichgültig und dem Regime mit Zurückhaltung begegneten.

Im Zuge der „Depravation“ der KP, die aus einer Partei der „intellektuellen und kulturellen Elite“ und des besten Teils der Arbeiterschaft zu einer Partei des Pöbels degenerierte — wobei die anderen Parteien in dieser Hinsicht auch nicht besser waren —, kam es dann zur Vertreibung.

Das zentrale Thema, die *Konfrontation von Menschenrecht und Kollektivmaßnahmen*, wurde in folgenden Sätzen des „Triologs“ angesprochen:

„... Wir haben ein ganzes Volk aus geschlossenen Siedlungsgebieten ausgesiedelt, aus Städten, Städtchen und Dörfern. Jeder Person haben wir ein Gepäck von 50 Kilo bewilligt, ob schuldig oder unschuldig. Dabei war der Mehrzahl dieser drei Millionen ausgewiesenen Deutschen der Krieg zumindest gleichgültig ...

Eine Politik, ... die nicht Rücksicht auf den einzelnen Menschen nimmt, die sich nur um die Erreichung globaler — wenn auch gerechter! — Ziele, aber ohne Rücksicht auf das konkrete Schicksal konkreter Menschen bemüht, ist tragisch — sie ist letzten Endes eine schlechte Politik ...“¹¹

V.

Die Niederwerfung der Reformbewegung nach dem Einmarsch vom 21. August 1968 hatte eine neue Welle der Emigration zur Folge und eine *Veränderung des tschechischen Exils*, zu dem nun Vertreter einer Generation stießen, die — anders als die Emigration nach dem Februar-Putsch von 1948 — für Fragen der Humanität und der unteilbaren Menschenrechte erheblich sensibilisiert war.

Diese Entwicklung wurde nicht nur fortgesetzt, sondern auch qualitativ und quantitativ verstärkt durch die Bewegung der *CHARTA '77*, welche zwar die Vertreibung zunächst nicht direkt ansprach, aber über Weltanschauungen, politische Ideologien und religiöse Bekenntnisse hinaus tschechische Menschen in der Verantwortung für diese unteilbaren Menschen- und Bürgerrechte zusammenführte und bis heute zusammenführt.

Von der *CHARTA '77* gingen starke Impulse für eine Vertiefung der Menschenrechtsdiskussion aus.

Zu den bedeutendsten Denkern, die hinter der tschechischen Bürgerrechtsbewegung standen, gehörte der erste Sprecher der *CHARTA*, der Philosoph *Jan Patočka* (1907—1977). Er hatte als Stipendiat der Humboldt-Stiftung u. a. in Berlin und Freiburg i. Br. studiert und war Schüler von M. Heidegger und E. Husserl. Patočka wurde nicht nur zum Theoretiker sondern auch zur Personifikation eines ethisch begründeten bürgerlichen Widerstandes gegen die Unterdrückung der Menschenrechte. Seine Gedanken bereiteten den Boden auch für eine prinzipielle Auseinandersetzung mit der Ausweisung der Sudetendeutschen. Diese Diskussion findet nun seit Jahren statt. Einige Grundgedanken Jan Patočkas seien zitiert:

¹¹ E b e n d a 380.

Es geht ihm — wie es in einer als „Politisches Testament“ bekannt gewordenen Äußerung heißt — letztlich um die Wiedererweckung des Bewußtseins, „daß es . . . Dinge gibt, für die es sich lohnt, Opfer und Leid auf sich zu nehmen — und daß es gerade die Dinge sind, für die sich das Leben überhaupt lohnt — und daß ohne diese Dinge Kunst, Literatur und Kultur nur noch wie ein Handwerk zum Brot-erwerb da sind — und nicht mehr . . .“¹².

In einem Aufsatz „Was die Charta ist und was sie nicht ist“¹³ heißt es: „. . . Ohne sittliche Grundlage, ohne eine Überzeugung, die nicht nur eine Sache der Opportunität, der Umstände und der zu erwartenden Vorteile ist, kann keine technisch auch noch so gut ausgestattete Gesellschaft funktionieren. Und die Moral ist nicht dazu da, daß die Gesellschaft funktioniert, sondern dazu, daß der Mensch Mensch bleibt. Und der Mensch wird nicht definiert durch die Willkür seiner Bedürfnisse, Wünsche, Tendenzen und Verlangen — sondern die Moral ist es, die dem Menschen seine Grenzen setzt . . . Der Begriff der Menschenrechte ist nichts anderes, als die Überzeugung, daß auch die Staaten und die ganze menschliche Gesellschaft sich unter die höchste Souveränität des sittlichen Empfindens stellen, daß sie etwas Unbedingtes über sich anerkennen, das auch für sie verbindlich, unantastbar, heilig ist . . .“

Und noch einmal: Es gilt zu begreifen, „. . . daß es in der Welt und im Leben auch andere Größen gibt als Angst und Vorteil und daß der Satz ‚Der Zweck heiligt die Mittel‘ . . . direkt in den Abgrund führt . . .“¹⁴.

In diesem ideellen Zusammenhang kann die „Erklärung von Franken“ verstanden werden, eine *erste fundamentale Aussage* des tschechischen Exils, welche die Maßstäbe einer Unteilbarkeit der Menschenrechte auch an die jüngste tschechische Geschichte anlegte.

In der oberfränkischen Ortschaft Franken liegt das „Pfarrer-Hacker-Haus“, ein Bildungs- und Freizeitzentrum der sudetendeutschen Ackermann-Gemeinde. Hier trafen sich vom 23. bis 26. Februar 1979 auf Initiative des OPUS BONUM, einer Gemeinschaft tschechischer Exil-Katholiken¹⁵, Persönlichkeiten verschiedener philosophischer und politischer Überzeugung aus dem tschechischen Exil. Am Ende dieses „Symposiums“ wurden die Grundaussagen in der „Erklärung von Franken“

¹² Das sog. „politische Testament“ von Jan Patočka ist abgedruckt in: Křesťané a Charta '77; Výběr dokumentů a textů [Die Christen und die Charta '77. Eine Auswahl von Dokumenten und Texten]. Hrsg. vom Opus Bonum e. V. bei INDEX (Fördergemeinschaft tschechoslowakischer Literatur außerhalb der Tschechoslowakei e. V.). Köln 1980. Reihe „doba“ Bd. 7, 39 ff. Das Testament hat das Datum vom 8. 3. 1977 und trägt die Überschrift: Co mužeme očekávat od Charty '77 [Was wir von der Charta '77 erwarten können]; deutsche Übersetzung vom Verf.

¹³ E b e n d a 30 ff. ist der Aufsatz: Čím je a čím nem' Charta '77 [Was die CHARTA '77 ist und was sie nicht ist] veröffentlicht; er trägt das Datum vom 7. 1. 1977.

¹⁴ Testament (s. Anm. 12) 43.

¹⁵ Das OPUS BONUM wurde als katholische Laienorganisation — vergleichbar der sudetendeutschen Ackermann-Gemeinde — 1972 gegründet. 1979 wurde der Sitz von Frankfurt nach München verlegt. Vorsitzender ist der letzte Abt des Benediktinerklosters Břevnov, Dr. Anastaz Opasek. Das OPUS BONUM beruft sich auf das geistige Erbe des Initiators der neuzeitlichen christlichen Kultur in den böhmischen Ländern, Prof. Josef Florian (1873—1941). In Franken haben seit 1978 7 Seminare stattgefunden.

zusammengefaßt¹⁶. Die Kernsätze lauten: „... Nach dem Jahre 1945 wurden in der Tschechoslowakei Millionen Menschen deutscher Nationalität außerhalb der Gesetze gestellt. Das Prinzip der Vergeltung siegte über das Prinzip der Gerechtigkeit und des Rechts. Nach dem Februar 1948 wurden diejenigen [tschechischen] Bürger, in denen die Diktatur eine politische Opposition gegen den Kommunismus sah, außerhalb der Gesetze gestellt. Und in den folgenden Jahren galt dies für alle, die kritisch gegenüber der herrschenden totalitären Macht auftraten — bis nach dem August 1968 schließlich zusammen mit den anderen Bürgern auch ein großer Teil der Kommunisten selbst betroffen war ... Eine demokratische Perspektive ist ... ohne Überwindung dieses Prinzips nicht möglich ...“

VI.

Was die „Erklärung von Franken“ im grundsätzlichen angesprochen hatte: die Unteilbarkeit der Menschenrechte und die strikte Absage an alle Versuche, das Prinzip der „Ausschließung aus der Rechtsordnung“ nach Belieben anzuwenden, „ohne die Frage nach Schuld und Gerechtigkeit überhaupt zu stellen“, wurde zum beherrschenden Thema der einsetzenden Diskussion.

Eine der ersten kritischen und polemischen Äußerungen, die sich gegen die Verdrängung und Tabuisierung der Vertreibungsthematik im tschechischen Volk wandte, wurde unter dem Pseudonym *Jan Příbram* als Aufsatz mit dem Titel „Příběh s nedobrym koncem“ [Eine Geschichte mit bösem Ende] veröffentlicht¹⁷.

Dann wurde Ende 1978 das Interesse einer breiten Öffentlichkeit in Anspruch genommen durch die „Thesen über die Aussiedlung der tschechoslowakischen Deutschen“ [Tézy o vysídlení československých Němcov], die unter dem Verfasserpseudonym *DANUBIUS* ebenfalls in der Pariser tschechischen Vierteljahresschrift *SVĚDECTVÍ* (Zeugnis) erschienen¹⁸. Verfasser war der inzwischen enttarnte, verhaftete und nun in der Bundesrepublik Deutschland lebende slowakische Historiker Jan Mlynárik.

Wie schon aus der Überschrift hervorging, sprach Mlynárik die Ausweisung unmittelbar an. Er stellte das Vertreibungsgeschehen unter die kritisch wertende Frage nach *Gerechtigkeit und Kollektivschuld* und sprach ohne Scheu vor bisher sorgfältig gehüteten Tabus auch die Vertreibungsverbrechen der sogenannten „Wilden Phase“ der Vertreibung (von der Mairevolution bis zur Potsdamer Konferenz) an: z. B. den Brüner Todesmarsch und das Massaker von Aussig¹⁹.

¹⁶ Die „Erklärung von Franken“ wurde in tschechischer Sprache u. a. in der Münchener Exilzeitung *Národní Politika* vom 4. April 1978 veröffentlicht. Den deutschen Wortlaut brachte erstmals die Frankfurter Rundschau am 2. März 1978.

¹⁷ *SVĚDECTVÍ*, Paris Heft 55 (3/1978) 384—389.

¹⁸ *SVĚDECTVÍ* Heft 57 (1/1979) 105—122; deutsche Übersetzung in: *Deutschland-Archiv* 7 (1979) 712. Auszugsweise in: *Im Zeichen der Partnerschaft. Sudetendeutscheschische Studientagung in Endorf v. 2.—4. November 1979*. München, S. 81—88 (Mitteleuropäische Quellen und Dokumente 17. Hrsg. v. Sudetendeutschen Rat).

¹⁹ Zum Brüner Todesmarsch, der am 30./31. Mai 1945 begann: *Turnwald: Dokumente zur Austreibung der Sudetendeutschen* (Sudetendeutsches Weißbuch). München 1951, 63 ff. — *Schieder: Dokumente der Vertreibung IV/2 1957*, n. 97, S. 438. —

DANUBIUS verurteilt die Vertreibung als Verstoß gegen fundamentale Menschenrechte — einschließlich des Rechts auf Heimat. Der Transfer, eine Katastrophe für die sudetendeutsche Volksgruppe, bedeutete für das tschechische Volk *politisch* letztlich die Zerstörung der lebenswichtigen Stabilität in den Beziehungen zu den beiden großen Nachbarvölkern, den Russen und den Deutschen; *moralisch* die Zerstörung des Rechts und des ganzen sittlichen Wertgefüges im Leben der Nation; und *ökonomisch* die Verwüstung des Wissens und des Gespürs für materielle Werte, wobei an das Verkommen ganzer Exportzweige, an die Versteppung landwirtschaftlichen Bodens und an die Verödung der ehemals deutsch besiedelten Randgebiete erinnert wurde.

Im letzten ging es also auch DANUBIUS um die in tschechischem Namen verletzen Menschenrechte — und um eine historische Schuld.

Die in ihren Werturteilen deutlich akzentuierten und in einigen Passagen polemischen Aussagen des DANUBIUS, der als Slowake das Geschehene nicht so aus unmittelbarer Betroffenheit beurteilte wie viele Tschechen, wurden zum Ausgangspunkt der nun einsetzenden Kontroversen, deren publizistische Bühne zunächst vor allem die Pariser Zeitschrift SVĚDECTVÍ wurde²⁰.

Sie umfaßte Aspekte des nationalen Selbstverständnisses („Nestbeschmutzung“) und pragmatische Gesichtspunkte („belasten wir uns nicht mit dem Aufreißen alter und zum Teil schon verheilten Wunden!“) ebenso wie die geschichtsphilosophische Frage nach Sinn und Aufgabe der Geschichtsforschung als kritische Wertung des Geschehenen („Schulmeistern der Geschichte“, „Dämonisierung der Vergangenheit“, „Deutung der Geschichte ex post“). Es tauchte auch die alte Frage nach dem „Sinn“ der tschechischen Geschichte auf, die Alternative zwischen einer „deutschen“ oder „russischen“ Karte, die von der tschechischen Politik auszuspielen sei, und natürlich auch die Frage nach der Rolle der Deutschen in der Ersten Tschechoslowakei, d. h. nach dem Sudetenland als dem Ursprungsland des Nationalsozialismus²¹.

So schieden sich an DANUBIUS die Geister. Der Vorwurf einer Bagatellisierung der deutschen Protektorspolitik als entscheidender Wegbereitung und Voraussetzung für die Vertreibungspläne wurde einer der wichtigsten Angriffspunkte gegen DANUBIUS.

Einige andere — auch in der offiziellen Behandlung des Themas wiederkehrende — Argumente betrafen die Übertragung der Verantwortung für die Ausweisung an die Alliierten, die Charakterisierung der Vertreibung als geschichtliche Notwendigkeit, nämlich als revolutionären Akt, und auch den Hinweis, daß es schließlich weder im tschechischen noch im polnischen Interesse liege, die Aussiedlung rückgängig zu machen.

Zum Massaker von Aussig vom 31. Juli 1945: Turnwald: Weißbuch 1951, 121 ff. — Schieder: Dokumente IV/2 1957, n. 53, S. 282 ff.

²⁰ Vor allem die Hefte 57 (1/1979), 59 (3/1979) und 60 (1/1980).

²¹ So etwa Milan Hübl, dessen Kritische „Glossen zu den DANUBIUS-Thesen über die Aussiedlung der Deutschen“ ohne Wissen des Autors im SVĚDECTVÍ Heft 58, S. 387 veröffentlicht wurden. Hübl hatte 1968 am „Trialog“ teilgenommen.

VII.

Zu den weniger zahlreichen Äußerungen zu den DANUBIUS-Thesen, die über ein einfaches Pro und Contra hinausgingen und zu einer differenzierteren Position gelangten, gehörten die des Reformsozialisten *Zdeněk Mlynář*, eines hohen KP-Funktionärs — übrigens von 1950—1955 während des Jura-Studiums an der Moskauer Komonosow-Universität Konsesemester von Michail Gorbatschow und mit ihm befreundet²² —, der in der Dubček-Ära tschechischer Spitzenpolitiker wurde, als Mitinitiator der CHARTA '77 ins Exil gehen mußte und in Wien lebt; er war auch Mitautor der „Erklärung von Franken“.

Mlynář übernahm keineswegs ohne weiteres die von ihm als nationalistisch abgelehnten Überlegungen des DANUBIUS, kritisierte aber auch wesentliche Teile der DANUBIUS-Kritiker²³.

Auch er will von einem „Schulmeistern“ der Geschichte nichts wissen. Doch gerade diese Haltung darf nicht zu dem Schluß führen, „daß ich nicht imstande wäre zu sagen, was die Akteure nicht oder was sie schlecht gemacht haben. Selbstverständlich läßt sich das, was geschehen ist, nicht rückgängig machen, Aber das bedeutet doch nicht, daß das, was geschehen ist, nicht kritisiert werden darf!“

Auch für Mlynář bestand das zentrale Problem „im Widerstreit der Grundsätze von Gerechtigkeit und Recht auf der einen und den Grundsätzen von Vergeltung und Kollektivschuld auf der anderen Seite“.

Da es Mlynář — und das macht seine Aussage bedeutsam — nicht um das Interesse der Fachhistoriker geht, sondern um das „moralisch-politische Bedürfnis“ der Gesellschaft, trägt auch die Vertreibung für ihn vor allem das Stigma einer Zerstörung des Wertsystems. Dieser Werteverfall kann nicht politisch oder national eingegrenzt werden: „Von der Leugnung grundlegender Menschenrechte für fast ein Viertel der Bevölkerung bis zur Konfiskation aller Rechte für die Gesamtheit der Einwohner ist ein verhältnismäßig kleiner Schritt . . .“

Daher sieht Mlynář den „totalen Werteverfall“ in der nazistischen Unterdrückung ganzer Völker bis zum Genozid an den Juden ebenso wie in der Massentötung der Zivilbevölkerung durch Luftangriffe, in den Aktionen des Klassenkampfes der Sowjetunion in den Jahren der Kollektivierung, im stalinistischen Terror im Reiche des GULAG — und in der Vertreibung.

VIII.

Die öffentliche Erörterung der Vertreibung, die durch die Polemik um die DANUBIUS-Thesen eine Intensivierung erlangte, aber tiefere Wurzeln hatte — so vor allem wie erwähnt in der CHARTA-Bewegung, besonders durch den ersten

²² Mlynář, Zdeněk: Mein Freund Gorbatschow. Rhein. Merkur/Christ u. Welt, Nr. 18 v. 28. 4. 1985 brachte auszugsweise den Artikel, den Mlynář für das KPI-Organ „Unita“ verfaßt hatte. Zdeněk Mlynář wurde als Insider der Prager Ereignisse von 1968 im deutschen Sprachraum vor allem bekannt durch sein Buch „Nächtfrost. Erfahrungen auf dem Weg vom realen zum menschlichen Sozialismus“. Köln-Frankfurt/M. 1978.

²³ Ein Beitrag vom 5. 4. 1979, abgedruckt in SVĚDECTVÍ Heft 58, S. 396 ff.

Sprecher, den Philosophen Jan Patočka (1907—1977)²⁴ —, fand nicht nur im Exil sondern auch in der ČSSR selbst ein breites Echo. Die Menschenrechtsdiskussion und die — z. T. von ihr abgeleitet — kritische Auseinandersetzung mit der nationalen Geschichte und mit dem tschechoslowakischen Staat nach 1918 dauert bis in die Gegenwart an²⁵.

Substantielle Diskussionsbeiträge — z. T. aus der ČSSR stammend —, vor allem Aufsätze einer jüngeren Historikergeneration, die sich mit dem deutsch-tschechischen Verhältnis seit 1918, der Frage nach Nation und Vaterland und der Genese des Ausweisungsgedankens befaßten, wurden von einem Historikerkollektiv, das sich den Namen BOHEMUS gab, zu einer Samizdat-Schrift zusammengefaßt. Dieser Sammelschrift fügte die Historikergruppe BOHEMUS einen Essay „Stanovisko k odsunu Němců z Československa“ [Stellungnahme zur Aussiedlung/Abschub der Deutschen aus der Tschechoslowakei] hinzu, der Anfang 1980 im „Právo Lidu“, dem Organ des sozialdemokratischen Exils, erschien und als BOHEMUS-Studie „Ein Wort zur Aussiedlung“ auch in deutscher Sprache bekannt wurde²⁶.

Diese Studie behandelte nach einer Einleitung über die „Moralisierung der Geschichte“ in den einzelnen Abschnitten das Zusammenleben von Tschechen und Deutschen, den „Charakter“ des Zweiten Weltkrieges, der zunächst ein antifaschistischer Krieg war, dann aber einen antideutschen Charakter annahm, die Entstehung der Vertreibungspläne, die Durchführung der Ausweisung und die Folgen.

Historische, rechtliche, ethische, politische, sozio-ökonomische Aspekte wurden angesprochen. Als Folge wurde herausgestellt: „Die Aussiedlung beraubte die böhmischen Länder, Wiege tschechischer und deutscher Kultur, einer ihrer Komponenten, machte sie ärmer ... Das tschechische Denken verlor seine traditionelle

²⁴ S. Anm. 12.

²⁵ Anregungen und Bereicherung erfuhr die Diskussion durch das Bolzano-Jubiläum 1981 (200. Geburtstag des Prager Priesterphilosophen und Sozialethikers). Jan Patočka hatte schon während des Prager Frühlings in einem Artikel über den „Sinn des Heute“ [Smysl dneška], dessen wesentliche Gedanken auch deutsch erschienen: „Das Dilemma in unserem nationalen Programm: Jungmann und Bolzano“ (Postylla Bohemica 1/1972) auf die beiden Entwicklungslinien im tschechischen Nationalbewußtsein u. politischen Denken hingewiesen: die auf J. G. Herder und J. Jungmann zurückgehende Linie des Sprachnationalismus, von dem her auch die Staatsgründung von 1918 erfolgte, und die von B. Bolzano ausgehende, der das Problem von Volk und Nation als ein „ausschließlich moralisches“ verstand und für den die Liebe zu Volk und Vaterland eine sozial-ethische war. Durch Petr Pithart wurde nach dem Tode von Patočka das Thema aufgegriffen und vertieft, als er im SVĚDECTVÍ Heft 59 (3/1978) 445—464 den Beitrag: Pokus o vlast: Bolzano, Rádl, Patočka a my v roce 1979 [Ein Versuch über das Vaterland: Bolzano, Rádl, Patočka und wir im Jahre 1979] veröffentlichte und die Diskussion dahingehend erweiterte, daß nun auch die Kritik an der Staatsgründung von 1918 und dem Selbstverständnis der Ersten Republik einbezogen wurde.

²⁶ Die BOHEMUS-Studie wurde als Beilage zur Folge 1/1981 des Právo Lidu, der sozialdemokratischen Exilzeitung, veröffentlicht. Die BRÜCKE, das Organ der sudetendeutschen Seliger-Gemeinde, brachte eine deutsche Übersetzung in ihrer Folge vom 15. März 1980.

Verbindung zur deutschen idealistischen Philosophie und Geisteswissenschaft, es verfiel einem seichten Positivismus, es verlor an wirksamer Widerstandskraft . . .“

Den größten Mangel sieht BOHEMUS abschließend darin, daß die tschechoslowakische Demokratie weder vor noch nach den Krisen und Katastrophen ein Konzept zur Lösung der deutsch-tschechischen Frage hatte, für ein konstruktives, partnerschaftliches Zusammenleben im gemeinsamen Staat. Bei Kriegsende erlagen dann alle Parteien einer Massenpsychose und „gingen den populären Weg der Aussiedlung, der Beschlagnahme von Eigentum und Boden, der Aberkennung der bürgerlichen Rechte für die ganze Volksgruppe. Sie wollten aus der Ausweisung politisches Kapital schlagen. Dies aber gelang nur *einer* Partei; mit den anderen wurde bald nach bewährtem Muster verfahren . . .“

Auch die BOHEMUS-Studie wurde lebhaft diskutiert. Über 40 Leserstimmen grundsätzlicher Art veröffentlichte „Právo Lidu“ noch 1980. Unter den Autoren befanden sich Historiker, Juristen und Philosophen, vorwiegend Tschechen — sowohl aus der ČSSR als auch aus dem gesamten Exil —, aber auch Deutsche, Mitglieder der SdP, Vertreter der Seliger-Gemeinde u. a.

IX.

So standen zu Beginn der 80er Jahre Fragen des tschechischen Selbstverständnisses im Hinblick auf die Staatskonzeption von 1918 sowie generell die Mitteleuropa-Thematik — etwa bei Milán Kundera oder Václav Havel²⁷ — oder die Friedensfrage²⁸ stärker im Vordergrund der Diskussion.

Das 40-Jahres-Gedenken des Jahres 1985 mit der Rückerinnerung an Kriegsende und Wiederherstellung des tschechoslowakischen Staates scheint nunmehr auch die Vertreibungsthematik zu aktualisieren. Im Samizdat erschien von dem eurokommunistischen Oppositionellen Luboš Kohout eine biographische Studie über Eduard Beneš, welche dessen Politik verteidigt und die DANUBIUS-Thesen über die Vertreibung scharf kritisiert²⁹.

Intensiv aufgegriffen wird im Zusammenhang mit dem Kriegsende die Frage, ob der böhmisch-mährische Raum von den Truppen der Vereinigten Staaten oder von der Roten Armee besetzt werden sollte — und wer dafür verantwortlich zu machen wäre, daß sich General Patton wieder nach Bayern zurückzog, obwohl er mit seinen Truppen bereits Ende April 1945 bis zur Linie Karlsbad-Budweis-Linz vorgestoßen war, während die Rote Armee erst nach der Kapitulation zwischen 8. und 11. Mai die böhmischen Grenzgebiete überschritt. Die Münchener Exilzeitung „Národní Politika“ veröffentlicht nicht nur eine weniger bekannte amerikanische Mitteleuropakarte vom Frühjahr 1944, in der Süddeutschland, Thüringen, Sachsen und Schlesien bis zur Oder (!) sowie ganz Böhmen und Mähren deutlich bezeichnet

²⁷ Z. B. SVĚDECTVÍ Heft 74 (1/1985) 331.

²⁸ Die Friedensfrage stand im Mittelpunkt des vom OPUS BONUM vom 24.—27. November 1983 in Franken veranstalteten Symposiums. Veröffentlicht wurde das Material in: Mír, mírové hnutí, křesťanská etika [Friede, Friedensbewegung, christliche Ethik]. Zusammengest. v. Milán Schulz. Hrsg. v. OPUS BONUM. München 1984.

²⁹ Hinweis in der Mai-Folge 1985 der Národní Politika.

sind als Territorien „to be occupied by Americans“³⁰, sondern zitiert auf der Titelseite auch aus den Memoiren Pattons. Anders als bei Ivan Pfaff in dem FAZ-Artikel „Eisenhowers schwerster Fehler; wie die Tschechoslowakei für den Westen verloren ging“³¹ wird vor allem Eduard Beneš für die Besetzung durch die Rote Armee — mit allen Folgen — verantwortlich gemacht, weil er durch sein planmäßiges Vorgehen verhinderte, daß die Westmächte das Land befreiten: „Unser Schicksal wäre ein völlig anderes gewesen ... Möglich, daß die Tschechoslowakei für eine gewisse Zeit geteilt worden wäre; aber schließlich hätte sie dasselbe Schicksal gehabt wie etwa Österreich ...“³².

Abschließend soll noch einmal die Ausweisung angesprochen werden: Die erwähnte Mai-Folge der Národní Politika verdient Beachtung. Sie veröffentlicht — im Rückblick auf die 40 Jahre — nicht nur Erinnerungen eines Tschechen, der 12jährig 1938 nach Prag kam und die Protektoratszeit erlebte, sondern auch aus dem Sudetendeutschen Weißbuch in Übersetzung die Aussage des Prager Deutschen A.W. über die fürchterlichen Ausschreitungen gegen die Deutschen im Mai 1945³³ und stellt ihnen die peinlich-beschönigenden Darstellungen offizieller tschechischer Publikationen gegenüber³⁴.

*

So ergibt eine zusammenfassende Feststellung:

1. Für einen großen Teil zumindest des tschechischen Exils — aber nicht nur für dieses — ist die Ausweisung der Sudetendeutschen kein Tabu mehr.
2. Die Wertediskussion und das Bekenntnis zu unteilbaren Menschenrechten hat — besonders durch die Bewegung der CHARTA '77 — ein hohes Niveau erreicht.
3. Die aus dem 19. Jahrhundert überkommenen Probleme der deutsch-tschechischen Nachbarschaft in den böhmischen Ländern werden bei aller Pluralität und Differenziertheit der Auffassungen auf tschechischer Seite weitgehend unvoreingenommen erforscht und erörtert, so daß sich manche deutsch-tschechischen Gemeinsamkeiten ergeben.
4. Die Frage einer Wiederherstellung des durch die Ausweisung und Enteignung von Millionen und durch Vertreibungsverbrechen verletzten Rechts wird im gegenwärtigen Stand der Diskussion allerdings kaum gestellt.

³⁰ E b e n d a ; seinerzeit veröffentlicht in: Newsweek v. 10. April 1944.

³¹ FAZ v. 23. 2. 1985; dazu: Ivan Sviták in der Národní Politika Mai/1985: Eisenhowerova chyba — nebo Benešův záměr [Eisenhowers Fehler oder Benešs Absicht]?

³² Beitrag von Vladimír Valenta auf der 1. Seite der Národní Politika.

³³ T u r n a l d : Weißbuch 1951, n. 14, S. 26 ff.

³⁴ Vor allem aus der Zeitschrift Vlasta 14/1985, wonach z. B. „der Abschub unter den Blicken der ganzen Welt unter ständiger Überwachung (dohled) westlicher Journalisten, Politiker und verschiedener caritativer Institutionen vor sich ging ...“